

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/748

28. Dezember 1972

Das Jahr 1973

Vor uns liegen zwölf Monate harter Arbeit

Von Willy Brandt
SPD-Vorsitzender und Bundeskanzler

Seite 1 und 2 / 46 Zeilen

Vertrauensbeweis und Auftrag

Zu den Wahlergebnissen im Zonenrandgebiet

Von Karl Herold MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen

Seite 3 bis 5 / 109 Zeilen

Die Alten neben Dir

Integrationshilfe für die älteren Generationen

Von Alfred Kubel
Ministerpräsident von Niedersachsen

Seite 6 und 7 / 90 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telex: 839 546 / 836 547
866 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Das Jahr 1973

Vor uns liegen zwölf Monate harter Arbeit

Von Willy Brandt

SPD-Vorsitzender und Bundeskanzler

Das Jahr 1973, das vierte Jahr der sozial-liberalen Koalition, wird für viele von uns harte Arbeit bringen. Die stabile Mehrheit, über die diese Koalition im Bundestag verfügt, erlaubt ihr eine kontinuierliche Aufbau- und Reformarbeit im Interesse der Gesamtheit und der vielen einzelnen Bürger. Die parlamentarische Sicherheit, in der wir tätig sein können, wird es uns ermöglichen, die uns bevorstehenden Aufgaben in der notwendigen Ruhe und in klarem Zielbewußtsein der Verwirklichung entgegenzuführen.

Die auf den ersten Blick verwirrende Fülle der Probleme, die wir dabei in den politischen, wirtschaftlich-finanziellen und gesellschaftlichen Bereichen zu bewältigen haben, wird uns dem Gebot einer straffen Geschäftsführung unterwerfen. Dem Zwang zur Sachlichkeit sollte sich auch die Opposition nicht entziehen. Meinungsverschiedenheiten sind keine Ausreden für eine emotionsgeladene Fortsetzung des Wahlkampfes mit anderen Mitteln. Wir sind bereit, in dem zulässigen und gebotenen Rahmen jederzeit sachlich zu diskutieren und sachliche Einwände ihren Gewicht gemäß zu berücksichtigen. Das Wohl der Gesamtheit sollte allen und allem harte Grenzen der Sachlichkeit setzen.

Die Regierungserklärung, die ich am 18. Januar vor dem Bundestag abgeben werde, schließt sich an meine Aussagen vom

Oktobre 1969 an. Der Trend ist also bekannt, und er ist am 19. November ja auch mehrheitlich vom deutschen Wähler akzeptiert und für gut befunden worden. Eng verwoben mit der Fortführung und Weiterentwicklung dieser Vorhaben wird die Regierungserklärung die neuen Ziele angeilen, die wir uns für die VII. Legislaturperiode zusätzlich vorgenommen haben. Die Wahlprogramme der beiden Koalitionsparteien haben dazu schon Wesentliches ausgesagt.

Übergeordnetes Monitum unserer ganzen Arbeit als sozial-liberale Koalition und Bundesregierung bleibt das unentwegte und heiße Bemühen, zu unserem Teil den Frieden zu wahren und zu festigen. Wir werden daher alle Initiativen auch aus eigenem Antrieb unterstützen und alle Vorhaben aktiv fördern, die diesen Ziele dienen. Nur wenn es uns in Zusammenarbeit mit dem Westen und in Verständigung mit dem Osten gelingt, den Frieden zu sichern, wird es uns auch gelingen, das Innere unseres Hauses immer besser auszubauen, das ein integrierter Teil Europas ist. Die Verknüpfung mit der Außenpolitik, also vor allem auch der Ost- und Deutschlandpolitik, gibt uns die Chance, die Innen-, Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Gesellschafts- und Kulturpolitik ständig aufeinander abzustimmen und unter einer gemeinsamen Devise der Verwirklichung zuzuführen.

Das Jahr 1973 wird - ich wiederhole es - harte Arbeit bringen. Ich verspreche den vollen Einsatz der ganzen Regierung und der ganzen Koalition. Alle Bürgerinnen und Bürger bitte ich um ihre tätige Mithilfe.

(-/28.12.1972/ks/ex)

Vertrauensbeweis und Auftrag

Zu den Wahlergebnissen im Zonenrandgebiet

Von Karl Herold MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen

Der sozialliberalen Bundesregierung Brandt/Scheel ist im Zonenrandgebiet bei den Wahlen zum VII. Deutschen Bundestag ein eindrucksvoller Vertrauensbeweis gegeben worden. Eine zusammenfassende Untersuchung zeigt jetzt, daß in den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen die Wähler entlang der Grenze zur DDR den Parteien der Regierungskoalition - in erster Linie der SPD - wesentlich mehr Stimmen gegeben haben als im gesamten Bundesdurchschnitt. Die Zweitstimmen für die SPD übertrafen in den Zonenrand-Wahlkreisen zum Teil auffallend stark selbst die jeweiligen Landeswahlergebnisse. Eine Ausnahme macht lediglich Bayern, wo die Regierungsparteien in den Wahlkreisen entlang der Grenze zur DDR und zur Tschechoslowakei insgesamt weniger Stimmen erhielten als im Bundes- oder Landesdurchschnitt.

Eine Analyse der Wahlergebnisse aus dem Zonenrandgebiet ergibt, nach Ländern aufgeteilt, im einzelnen:

1/ Schleswig-Holstein. In den acht Zonenrand-Wahlkreisen erhielt die SPD durchschnittlich 49,8 vH. der Zweitstimmen. Das sind 1,2 vH. mehr als im Landesdurchschnitt. Im Vergleich zur Bundestagswahl 1969 steigerte sie ihren Zweitstimmen-Anteil um 4,8 vH.; das war etwas geringer als die Zunahme im ganzen Land. Im Zonenrandgebiet des nördlichsten Bundeslandes sanken die Stimmen für die CDU dagegen um 4,4 vH. auf 41,0 vH. Sie blieb damit um ein Prozent unter ihrem Landesergebnis. Die FDP gewann in den Zonenrand-Wahlkreisen 3,5 vH. hinzu und erreichte mit 3,4 vH. dasselbe Ergebnis wie im Bundesdurchschnitt (Landesdurchschnitt 3,6 vH.).

2/ Niedersachsen. Noch deutlicher war die Zustimmung zur SPD in den elf Zonenrand-Wahlkreisen des Landes Niedersachsen. Hier

erhielt die SPD 49,9 vH. der Zweitstimmen, 1,8 vH. mehr als im Landesdurchschnitt. Der Zuwachs lag mit 3,7 vH. allerdings um 0,6 vH. unter dem Anstieg des gesamten Landesergebnisses. Die CDU erreichte in den Wahlkreisen entlang der niedersächsischen Grenze zur DDR nur 41,3 vH. der Stimmen. Das waren 1,4 vH. weniger als im Landes- und 3,6 vH. weniger als im Bundesdurchschnitt. Die FDP-Ergebnisse differieren in den Zonenrand-Wahlkreisen nur geringfügig von denen des Landes bzw. des Bundesgebiets.

3/ Hessen. Die Beobachtungen aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen bestätigen sich in Hessen. In den fünf Zonenrand-Wahlkreisen erhielt die SPD 51 vH. der Zweitstimmen; das sind 2,5 vH. mehr als der Landesdurchschnitt mit 48,5 vH. Im Vergleich zu 1969 nahm der SPD-Zweitstimmen-Anteil um 2,1 vH. zu; wesentlich stärker als im Land (0,3 vH.). Trotz leichter Stimmengewinne blieb die CDU mit 39,9 vH. auch hier unter dem Landesmittel von 40,3 vH. Die FDP bekam in den Zonenrand-Wahlkreisen 8,2 vH. lag damit in der Nähe ihres Bundesergebnisses, blieb jedoch mit zwei vH. hinter ihrem Landesergebnis zurück.

4/ Bayern. In den 13 bayerischen Zonenrand-Wahlkreisen erreichte die SPD 36,3 vH., das sind 1,3 vH. weniger als im Landesdurchschnitt. Allerdings hat die SPD in diesen 13 Wahlkreisen im Vergleich zu 1969 um 4,7 vH. zugenommen, ein Anstieg, der den des Landesergebnisses (3,2 vH.) weit übertraf. Interessant ist die Entwicklung der CSU seit 1969. Konnte die CSU in Bayern ihre Position insgesamt um 0,7 vH. leicht auf 55,1 vH. verbessern, so büßte sie in den Zonenrand-Wahlkreisen - bei einem immer noch sehr hohen Anteil von 58,4 vH. - 0,3 vH. ein. Die FDP blieb in den bayerischen Zonenrand-Wahlkreisen mit 4,1 vH. um zwei vH. unter ihrem Landesdurchschnitt.

Diese grobe Analyse der Wahlergebnisse vom 19. November in den Wahlkreisen des Zonenrandgebiets erhärtet die Vermutung, daß die Politik der Bundesregierung hier in besonderem Maße auf Zustimmung gestoßen ist. Dies gilt in erster Linie für die SPD. Sie erreichte in den 37 Wahlkreisen des Zonenrandgebiets 46,8 vH. und lag damit um ein vH. über dem Bundesdurchschnitt. Die SPD steigerte sich mit 3,8 vH. stärker als im Bundesergebnis. Durch das vergleichsweise schwache Abschneiden der FDP in den bayerischen Zonenrand-Wahlkreisen (4,1 vH.) lag das FDP-Mittel in den 37 Wahlkreisen entlang der Grenze bei 7,2 vH. und damit unter dem Gesamtergebnis der FDP.

Zu anderen Motiven, den Parteien der Regierungskoalition und in erster Linie der SPD ihre Stimme zu geben, kamen für die Wähler

des Zonenrandgebiets im wesentlichen zwei Momente hinzu. Sie sind für die Einschätzung der künftigen Entwicklung und Erwartungen von unmittelbarem und zum Großteil von persönlichem Interesse:

1/ Die Bundesregierung hat - durch das Zonenrand-Förderungsgesetz von 1971 - ihren Willen bekundet, den Gebieten entlang der Grenze zur DDR und zur Tschechoslowakei besondere Unterstützung zukommen zu lassen. Es geht dabei nicht allein um wirtschaftliche Förderungsmaßnahmen, die nicht ausreichen, um im Zonenrandgebiet Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die mit denen im übrigen Bundesgebiet vergleichbar sind. Hinzu kommen nach dem Zonenrand-Förderungsgesetz: die verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die zusätzliche Förderung von Sporteinrichtungen und Stätten der Jugendarbeit sowie die kulturelle Förderung dieses Raumes. Das bedeutet in der Praxis: gesicherte Arbeitsplätze, ein differenziertes und breites Ausbildungs- und Bildungsangebot, mehr und bessere Möglichkeiten für die Freizeitgestaltung.

2/ Die Entspannungspolitik der Bundesregierung ist für die Einwohner des Zonenrandgebiets von besonderer Bedeutung. Vor allem der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zeigt neue Möglichkeiten im Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten auf, die sich positiv für die Menschen auswirken können und werden, die entlang der Grenze wohnen. Die Möglichkeit für rund 6,5 Millionen Menschen aus grenznahen Gebieten der Bundesrepublik, auf vereinfachte Weise in grenznahe Kreise der DDR zu Tagesbesuchen zu reisen, bedeutet für viele wieder direkten Kontakt zu Verwandten und Bekannten in der DDR. Die Öffnung von vier zusätzlichen Grenzübergängen wird die Möglichkeiten für diesen Kontakt über die Grenze hinweg erleichtern. Von besonderer Bedeutung wird dabei sein, daß der Besuchsantrag nicht nur von den Bekannten oder Verwandten in der DDR, sondern von den Einwohnern der grenznahen Kreise in der Bundesrepublik bei den zuständigen DDR-Behörden direkt gestellt werden kann. Auch die beabsichtigte Einsetzung einer Grenzkommission wird viele der Unzuträglichkeiten lindern oder beseitigen helfen, mit denen die Menschen entlang der Grenze zur DDR seit Jahren leben müssen.

Das klare Votum der Wähler im Zonenrandgebiet für die SPD und die sozialliberale Koalition ist nicht nur ein Vertrauensbeweis für die Politik der vergangenen Jahre; es ist zugleich der Auftrag, das Begonnene fortzusetzen und die Politik zu intensivieren, die im Interesse der Menschen des Zonenrandgebiets liegt.

(-/28.12.1972/ka/ex)

+ + +

Die Alten neben Dir

Integrationshilfe für die älteren Generationen

Von Alfred Kubel

Ministerpräsident von Niedersachsen

Vielerorts schien es gerade in den weihnachtlichen und Neujahrstagen besonders angebracht, sich der älteren Mitbürger anzunehmen. Es wurde zu Spendenaktionen aufgerufen, es gab Geschenke, es wurden Kerzen angezündet. Dies alles ist gut und ist richtig so. Bei alledem aber sollten wir uns davor hüten, einer falschen Sentimentalität zu erliegen. Die Probleme des Alterns in unserer Leistungsgesellschaft sind von solch großer Bedeutung, daß ihnen in adventlicher und neujährlicher Stimmung und mit noch so aufrichtigen und gut gemeintem Mitgefühl allein nicht beizukommen ist. Nach den Feiertagen - und dann erst recht! - müssen wir alle uns unserer Pflichten der älteren Generation gegenüber bewußt bleiben und unser politisches, unser sozialpolitisches Handeln darauf abstellen.

Rund acht Millionen Mitbürger im Alter von 65 Jahren und darüber leben heute in der Bundesrepublik. Ein gutes Viertel mehr als vor zehn Jahren, und 1980 werden es über neun Millionen sein. Während noch Anfang der sechziger Jahre nur jeder neunte Einwohner zur älteren Generation gehörte, wird Ende des jetzigen Jahrzehnts schon jeder siebente dazu rechnen.

Diese wenigen Zahlen belegen bereits, welcher Stellenwert den Problemen des Alters heute und in Zukunft zukommen muß. Ob es allerdings überhaupt Probleme im eigentlichen Sinne dieses Wortes sein oder werden müssen, hängt entscheidend von der Einstellung unserer Gesellschaft zum Alter, zum älteren Menschen ab. Allem voran wird es für die Lösung der Aufgaben, vor die uns die wachsende Zahl älterer Menschen stellt, darauf ankommen, daß die Bevölkerung insgesamt über ein objektiv richtiges Bild dieses Teiles unserer Gesellschaft verfügt.

Der ältere Mensch ist nämlich meist noch ein durchaus aktiver Bürger, der so lange wie möglich auf eigenen Füßen stehen und am Leben in der Gemeinschaft teilnehmen will. Die Klischeevorstellung, daß der Alte, hinter dem Ofen sitzend, zu nichts mehr nütze sei und nur noch der Hilfe bedürfe, stimmt so ganz und gar nicht mit dem tatsächlichen Bild des älteren Menschen von heute überein. Wie nötig Aufklärung gerade auf diesem Gebiet ist, hat vor einigen Jahren ein bundesweiter Wettbewerb "Jugend sieht das Alter" gezeigt, dessen Ergebnisse uns vor Augen führten, wie wichtig es ist, vor allem das Interesse der Jugend an den Problemen des Alters im positiven Sinne zu beeinflussen. Aber auch manchem Bürger in mittleren Jahren stünde es nicht schlecht zu Gesicht, wenn er seine Einstellung zu seinem älteren Nachbarn überprüfte.

Allerdings geht es in unserer Leistungsgesellschaft auch nicht ohne ausreichende Hilfen für unsere älteren Mitbürger. Solche Hilfen, vor allem finanzieller Art, finden wir zunächst in den Sozialgesetzen. Ihre Skala reicht von der Sozialversicherung, vor allem Rentenversicherung, über die Kriegsopferversorgung, die Alters-

sicherung der Handwerker, die Altershilfe für Landwirte bis zur Altersvorsorge für die freien Berufe. Dieser Schirm vielfältiger sozialer Hilfen schützt viele ältere Menschen weitgehend vor den Wechselfällen des Lebens, viele, aber nicht alle, weitgehend, aber oft doch nicht vollkommen. Zusätzliche Hilfe ist also notwendig.

Niedersachsen hat auf dem Gebiete der Altenfürsorge in den vergangenen Jahren gute Beispiele gesetzt. So wurde in diesem Bundesland vor Jahr und Tag bereits mit dem Altenwohnungsbau begonnen. Bisher sind rund 14.000 Altenwohnungen und darüber hinaus 15.000 neue Altenheimplätze aus dem sozialen Wohnungsbau gefördert worden. Dafür wurden bisher insgesamt in unserem Lande 350 Millionen DM zur Verfügung gestellt, wovon sich der Bund mit etwa einem Fünftel beteiligt hat.

Aus anderen Haushaltsmitteln hat das Land Niedersachsen in den vergangenen zehn Jahren bei der Modernisierung von fast 300 Altenwohnheimen und Altenheimen sowie von 90 Altenpflegestationen geholfen. Für 150 neue Altenbegegnungsstätten wurden 5,6 Millionen und für acht Altenerholungsheime eine Million DM Landeshilfen gegeben. Gemeindepflegestationen, Hauspflegedienste und die Altenerholung werden nach Kräften unterstützt, weil gerade diese Hilfen im Ergebnis sehr zur gewünschten möglichst langen Selbständigkeit des älteren Bürgers beitragen und so kostspieligere Dienste in Heimen hinauschieben oder sie sogar ganz entbehrlich machen.

Die Städte und Gemeinden stehen hierbei nicht abseits. Für sie ist moderne Altenhilfe wichtiger Teil ihrer sozialpolitischen Aktivitäten. Dabei ist jedoch nicht zu verkennen, daß zwischen kommunalen Hilfsbedarf und kommunaler Leistungsfähigkeit oft eine Kluft liegt, die nur schwer zu überbrücken ist; und daß auch bei den kommunalen Körperschaften um den öffentlichen Pfennig hart gerungen werden muß und der Kommunalpolitiker meist vor schweren Entscheidungen steht, wenn es um den Vorrang von beispielsweise Schule oder Straße oder Wasser oder Krankenhaus oder Altenheim geht. So gesehen werden die Überlegungen und Maßnahmen eines kommunalen Trägers der Altenhilfe oft von vornherein neugekrungen von seiner Leistungsfähigkeit beeinflußt. Aber an der notwendigen Leistungsbereitschaft, so meine ich, wird es nirgendwo fehlen.

Vorbildliche Arbeit in der Altenhilfe leisten nicht zuletzt, sondern zu allererst die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege. Bei ihrer vielfältigen individuellen Betreuung zeigt sich auch, daß es auf die finanzielle Kapazität allein nicht ankommt, sondern ethische religiöse und soziale Impulse ihre eigene wertvolle Wirkung entfalten. An genau diesem Punkt wird deutlich, wie sehr auch immaterielle Hilfen entscheidend dazu beitragen können, die Integration des älteren Menschen in unserer Gesellschaft sicherzustellen.

(- 28.12.1972/ks/ex)